

Medienmitteilung vom 11. November 2010

Bern erneuerbar

Merkwürdiges Demokratieverständnis bei Bürgerlichen

Die bürgerliche Kommissionsmehrheit verschiebt die Diskussion über die Initiative „Bern erneuerbar“ auf die Zeit nach der Konsultativabstimmung zu einem AKW-Neubau in Mühleberg. Die Grünen verurteilen dieses taktische Manöver gegen die Förderung erneuerbarer Energien scharf.

Zur von den Grünen Kanton Bern eingereichten Volksinitiative „Bern erneuerbar“ sollte heute in einer Kommissionssitzung des bernischen Grossen Rates die Gültigkeit der Initiative und die Abstimmungsempfehlung des Grossen Rates beraten werden. Es kam nicht soweit. Die bürgerliche Kommissionsmehrheit erzwang eine Verschiebung der Diskussion auf die Zeit nach der Konsultativabstimmung über das Rahmenbewilligungsgesuch für ein neues AKW Mühleberg. Der Bevölkerung sei nicht klar, worüber sie wirklich abstimme, wenn sie am gleichen Sonntag über das Kantonale Energiegesetz und über die Initiative „Bern erneuerbar“ abstimmen müsse, lautete eines der Argumente der bürgerlichen Kommissionsmitglieder.

In Tat und Wahrheit dürfte es vielmehr darum gehen, dass die Bürgerlichen die Abstimmungen zur Energiezukunft des Kanton Bern fürchten und deshalb auch vor taktischen Mitteln nicht zurückschrecken, um die Förderung der erneuerbaren Energien und eine sichere, saubere Energiezukunft aus einheimischer Energie zu verzögern.

Die Initiative Bern erneuerbar wurde im November 2009 mit über 17'390 gültigen Unterschriften eingereicht, sie entspricht der bernischen Energiestrategie und dem Energiegesetz des Kantons Bern und fordert eine konsequente Förderung von erneuerbaren Energien. Die Initiative „Bern erneuerbar“ bringt Klimaschutz, eine saubere und sichere Energieversorgung und ein grosses Potential für die einheimische Wirtschaft, für bernische KMU-Betriebe. Die Initiative wird von der Regierung unterstützt und wurde heute von der Grossrats-Kommission einstimmig für gültig erklärt.

Über die Inhalte der Initiative hingegen wollen die bürgerlichen Kommissionsmitglieder erst im kommenden Jahr sprechen. Dieses taktische Manöver bringt eine weitere Verzögerung von mindestens sechs Monaten und hat zur Folge, dass die Berner Bevölkerung im nächsten Jahr an drei verschiedenen Terminen über Energievorlagen wird abstimmen müssen.

Das Vorgehen der bürgerlichen Parteien ist aus rechtlicher Sicht fragwürdig. Das Gesetz über die politischen Rechte (Art. 65) hält fest, dass Initiativen innerhalb von 12 Monaten nach Feststellen des Zustandekommens dem Grossen Rat vorgelegt werden müssen. Das Zustandekommen von Bern erneuerbar wurde am 26.11.2009 festgestellt. Die Frist von zwölf Monaten ist somit bereits abgelaufen.

Das Vorgehen der bürgerlichen Parteien ist aber auch inhaltlich falsch. Es ist nach dem Abschiessen des Energiegesetzes im Jahr 2007 bereits das zweite Mal, dass die bürgerlichen Parteien energiepolitisch dringend nötige Innovationen torpedieren. Den Grünen Kanton Bern ist der Volkswille wichtig und sie sind überzeugt, dass die Bevölkerung sehr wohl über zwei Energievorlagen gleichzeitig befinden kann.

Für weitere Auskünfte:

Christine Häslar, Kommissionsmitglied und Fraktionspräsidentin, 079 379 47 05